

Antworten Volt

1. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie kurz- und mittelfristig umsetzen, um die Nutzung des städtischen Raums klima- und ressourcenschonender und sozial gerechter zu machen?

Kurzfristig: eine systematische Entsiegelungsoffensive, die versiegelte Flächen auf Plätzen und im Straßenraum durch sickerfähige Böden ersetzt, vereinfachte Genehmigungen für Dach- und Fassadenbegrünung, mehr Straßenbäume und ein strukturell ausgebauter Hitze-Aktionsplan mit gesicherter Finanzierung. Parkplatzflächen bauen wir schrittweise zurück zugunsten von Grün, breiten Gehwegen und Aufenthaltsqualität. Kiezbeiräte aus gelosten Anwohnenden und eigene Kiezbudgets geben den Menschen vor Ort echte Entscheidungsmacht.

Mittelfristig: Kreislaufwirtschaft im Bausektor, Vergabe öffentlicher Grundstücke nach Konzeptqualität statt Höchstpreis sowie Health in All Policies als verbindlicher Planungsmaßstab.

2. Werden Sie dafür sorgen, da ungenutzte gewerbliche Gebäude und Büros zu Wohnraum umgenutzt oder als soziale Infrastruktur bzw. für gemeinwohlorientierte Nutzungen aktiviert werden? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen? Wenn nein, warum nicht?

*Ja, das ist Kern unserer Wohnungspolitik. Wir vereinfachen die Umwandlung leerstehender Gewerbe- und Bestandsflächen durch schnelle Genehmigungen, flexible Baunormen und Unterstützung der Eigentümer*innen. Ziel sind 30.000 Wohnungen in bereits bestehenden Gebäuden, Vorbild ist Amsterdam mit fast 7.000 so entstandenen Wohnungen. Ein digitales Leerstandskataster macht verfügbare Flächen sichtbar. Nutzungsänderungen, etwa von Gewerbe zu Kultur, vereinfachen wir, temporäre Nutzungen als Atelier oder Repair-Café brauchen deutlich weniger Auflagen. Leerstehende Hallen werden zu KiezLabs als Nachbarschafts- und Gründungszentren, ausdrücklich in Bestandsnutzung statt Neubau.*

3. Werden Sie dafür sorgen, da Erhalt und Bestandertüchtigung eines Gebäudes immer die erste Wahl sein wird, ausnahmslos bewertet und transparent gegen die Variante Abriß plus Neubau abgewogen wird und daß außerdem die Kosten sowie Öko- und Rohstoffbilanz eines Abrisses in die Gesamtbilanz einbezogen werden? Wie ist diesbezüglich Ihre Haltung zu Jahnstadion und Sport- und Erholungszentrum (SEZ)?

Vorrang für den Bestand ist beschlossen: In Machbarkeitsstudien für öffentliche Gebäude berücksichtigen wir ökologische Kriterien, damit Umbau häufiger Vorrang bekommt. Bei unvermeidbarem Abriss führen wir Pre-Deconstruction-Audits durch. Material- und Gebäudepässe schaffen Transparenz über Kreislauffähigkeit und CO2-Fußabdruck. Eine ausnahmslose Abwägungspflicht auch für private Vorhaben ist bislang nicht beschlossen.

Das SEZ wollen wir erhalten und als soziale Infrastruktur stärken. Beim Jahn-Sportpark fordern wir einen offenen Zukunftssportpark, dessen Erfolg an der Alltagsnutzung durch Schulen und Vereine gemessen wird, nicht an Zuschauerzahlen.

4. Wie werden Sie dafür sorgen, daß im geförderten Wohnungsbau die Sozialbindung nicht mehr ausläuft? Wenn nicht, warum nicht?

Wir wollen die Sozialbindung verlängern und setzen auf Modelle mit dauerhafter Preisbindung. Beschlossen ist die Verlängerung der Sozialbindung, wirtschaftlich ausgeglichen durch niedrigere Baukosten. Für Berlin orientieren wir uns am Wiener Modell, das öffentliche Darlehen mit niedrigen Zinsen und langen Laufzeiten an dauerhaft preisgebundenen Wohnraum knüpft. Ergänzend: konsequentes Erbbaurecht, Ausbau kommunaler und genossenschaftlicher Bestände, die Neue Wohngemeinnützigkeit sowie eine Fehlbelegungsabgabe, deren Einnahmen zweckgebunden in neue Sozialwohnungen fließen. Eine generelle Entfristung aller Bindungen ist nicht beschlossen, wir halten die Richtung aber für richtig.

5. Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie die Wohnraumversorgung für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen gerechter gestalten? Welche Maßnahmen werden Sie kurzfristig umsetzen?

Kurzfristig: eine Soziale Miet-Agentur, die Wohnungen am freien Markt anmietet und mit 100 Prozent Mietgarantie des Landes an Menschen mit geringem Einkommen weitergibt. Die Mietpreisbremse bleibt, das Prüfverfahren für zulässige Mieten vereinfachen wir deutlich. Eine fälschungssichere Wohnraum-Datenbank macht Mieten nachvollziehbar und legt Leerstand offen. Eine Fehlbelegungsabgabe sorgt dafür, dass knappe Sozialwohnungen bei den Bedürftigen ankommen, Housing First beendet Wohnungslosigkeit.

Mittelfristig: Ausbau der IBB-Förderung, Genossenschaftsförderung, verbindliche Sozialquoten und eine Grundsteuer C gegen Spekulation. Mietendeckel und pauschale Enteignungen lehnen wir ab.

**6. Werden Sie das BäumePlus-Gesetz (Klimaanpassungsgesetz) umsetzen
Wie sehen Sie die inhaltliche und zeitliche Abfolge bei der Umsetzung vor?
Wieviel Geld werden Sie dafür im Haushalt einstellen?**

Wir bekennen uns zu den Zielen des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes und des BEK 2030 mit 70 Prozent CO₂-Reduktion bis 2030 und machen aus dem Maßnahmenkatalog einen Beschleunigungsplan mit jährlichem öffentlichem Reporting. Den Hitze-Aktionsplan bauen wir strukturell aus, ausdrücklich mit zentraler Koordination, gesicherter Finanzierung und wissenschaftlicher Begleitung. Auf Bundesebene fordern wir einen Klimaanpassungsfonds mit 30 Jahren Planungssicherheit. Eine bezifferte Haushaltssumme für ein BäumePlus-Gesetz haben wir nicht beschlossen, jedoch unterstützen wir die Umsetzung des Bäume-Plus-Gesetzes ausdrücklich.

7. Wie werden Sie sicherstellen, daß Freiflächen-, Natur- und Artenschutzbelange als zu erhaltender Ausgangspunkt von Planungen gelten und das Fällen von gesunden Bäumen unterbleibt? Wenn nicht, mit welcher Begründung?

Naturschutz ist für uns Grundlage, nicht Restgröße. Beispielsweise haben wir für das Tempelhofer Feld festgelegt: Bestehende Gebäude und bereits versiegelte Flächen haben klaren Vorrang vor jedem Eingriff in den Freiraum, Biodiversität, Kaltluftschneise und Artenvielfalt sind zu schützen. Wir schaffen strukturreiche Grünflächen und lassen hohes Gras stehen, um Insekten und Wildbienen zu fördern, und bauen grün-blaue Korridore nach Amsterdamer Vorbild aus, die Lebensräume verbinden.

8. Werden Sie dafür sorgen, daß jeder ggfs. dennoch gefällte Baum durch Nachpflanzung in der nahen Umgebung adäquat ersetzt wird? In welcher Entfernung? Was sehen Sie als adäquate Kompensationspflanzung an? Wenn nicht, warum nicht?

Zu Kompensationsradien, Zahl und Qualität von Ersatzpflanzungen haben wir keine beschlossene Position. Beschlossen ist der Ausbau des Baumbestands als Instrument der Hitzevorsorge: Mehr Straßenbäume schaffen schattige, barrierefreie Aufenthaltsorte, Stadtbäume zählen für uns zur grünen Infrastruktur, die Gesundheit schützt. Wir nehmen Ihre Frage als Anregung mit. Eine Regelung, die Ersatzpflanzungen nach Zahl, Qualität und räumlicher Nähe verbindlich macht, wäre anschlussfähig an unsere Linie, mit messbaren Zielen und überprüfbarer Wirkung zu arbeiten statt mit Absichtserklärungen.

9. Wie werden Sie sicherstellen, daß der Artenschutz im Siedlungsgebiet, z. B. auch bei Bauvorhaben, gewährleistet wird? Werden Sie sich beispielsweise dafür einsetzen, den Artenschutz bei Bauvorhaben durch verpflichtende unabhängige Gutachten und Kontrollen sicherzustellen? Wenn nein, warum nicht?

Artenschutz und Bauen schließen sich für uns nicht aus. Das eigentliche Problem ist strukturell: Personalengpässe in den Behörden und eine viel zu späte Suche nach Lösungen für Konflikte, die oft längst bekannt sind. Deshalb setzen wir auf vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen über ein Ökokonto und CEF-Maßnahmen, die neue Lebensräume schaffen, bevor gebaut wird. Dazu kommen frühere und schnellere Beteiligungsverfahren, eine digitalisierte Verwaltung und ein Behördenumbau, der Fachkompetenz bündelt statt sie zu zersplittern. So werden wir Artenschutz und Wohnungskrise gleichermaßen gerecht. Verpflichtende unabhängige Gutachten schließen wir nicht kategorisch aus – den größeren Hebel sehen wir aber in mehr Kapazität, mehr zeitlichem Vorlauf und effektiveren Prozessen.

10. Wie stehen Sie zu der Nachrangigkeit des Artenschutzes in den neuen Beschleunigungsgesetzen (Schneller-Bauen-Gesetz und Wohnungsbau-Turbo)?

Wir wollen schneller bauen, aber nicht auf Kosten von Schutzstandards. Beschleunigung heißt für uns: Verwaltung digitalisieren, Personal aufbauen und Zuständigkeiten klären, nicht Prüfinhalte streichen. Wir sehen allerdings auch, dass Naturschutzrecht vereinzelt instrumentalisiert wird, um unliebsame Vorhaben wie Unterkünfte für Geflüchtete zu verhindern, und dass Verfahren vor allem an fehlender Verwaltungskapazität scheitern. Die Antwort darauf ist eine leistungsfähige Verwaltung, nicht die Absenkung von Standards. Eine ausdrückliche Bewertung der Artenschutz-Nachrangigkeit in den Beschleunigungsgesetzen haben wir nicht beschlossen. Den Zielkonflikt nehmen wir ernst.

11. Grün- und Freiflächen sind angesichts der absehbar fortschreitenden Erderhitzung von besonderer Notwendigkeit für den Wasserhaushalt und zur Kühlung. Welchen Rang hat für Sie in dieser Hinsicht die Sicherung von unversiegelten Freiflächen in Relation zu Neubau (ggfs. für unterschiedliche Zwecke)?

Unsere Baustrategie ist: zuerst Bestand, dann versiegelte Flächen, Freiraum zuletzt. Über 10.000 Wohnungen erschließen wir durch Dachausbau und Aufstockung, 30.000 durch Umnutzung leerstehender Gebäude. Mit Geoanalytik spüren wir Brachflächen und Baulücken auf, setzen das Baugebot durch und machen Spekulation über eine Grundsteuer C unattraktiv. Zum Tempelhofer Feld beispielsweise haben wir es klar formuliert: Bevor das Feld als Bauland in Betracht kommt, müssen vorhandene Potenziale konsequent genutzt werden. Seine Weite ist kein Luxus, sondern Teil der sozialen und klimaresilienten Infrastruktur Berlins.

12. In Berlin besteht ein Defizit an wohnungsnahen Grünanlagen, Sport- und Spielplatzflächen. So gibt es nur 0.59 m² Spielfläche je Einwohnenden. Das Soll liegt laut Berliner Kinderspielplatzgesetz jedoch bei 1 m². Auch bei Sportflächen und öffentlichen Grünanlagen besteht quantitativ Unterversorgung.

Werden Sie insofern dafür sorgen, daß bei Neubauvorhaben in bestehenden Wohnanlagen Grünflächen und Spielplätze in vollem Umfang erhalten bleiben und die zusätzlich entstehenden Bedarfe gedeckt werden?

Welche konkreten Maßnahmen sehen Sie vor, um dem Soll an Sportflächen und wohnungsnahen öffentlichen Grünanlagen quantitativ näher zu kommen, bestenfalls es zu erreichen?

Zum Erhalt: ja. Wir haben festgeschrieben, dass Nachverdichtung nicht zulasten von Spielplätzen, Grünflächen, Schulhöfen und Sportflächen gehen darf und dass bei jedem größeren Bauprojekt soziale Infrastruktur mitwachsen muss. Ein Infrastruktur-Check macht vor der Genehmigung transparent, welche Kitas, Schulen, Sport- und Grünflächen nötig sind und wann sie kommen. Zur quantitativen Annäherung: Wir öffnen die rund 1.200 Sportstandorte Berlins konsequent nach Schulschluss, am Wochenende und in den Ferien, mit transparentem Online-Buchungssystem, und schaffen in jedem Bezirk ein barrierefreies inklusives Bewegungsangebot.

13. Wie werden die Befunde der Integrierten Mehrfachbelastungskarte – Berliner Umweltgerechtigkeitskarte nach Ihrer Vorstellung in der raumbezogenen Planung und ihrer Umsetzung konkret wirksam?

<https://www.berlin.de/umweltatlas/mensch/umweltgerechtigkeit/2024/karten/artikel.1583963.php>

Mit Health in All Policies verpflichten wir uns, gesundheitliche Auswirkungen bei allen Maßnahmen mitzudenken. Die Landesgesundheitskonferenz stärken wir zu einem Beirat mit Entscheidungsbefugnis, und Bauvorhaben, die diese Standards anwenden, priorisieren wir. Genau hier wären die Befunde der Mehrfachbelastungskarte unmittelbar wirksam. Vergleichbar arbeiten wir bereits mit dem Monitoring Soziale Stadtentwicklung, um Ressourcen auf belastete Quartiere zu lenken. Wir sind offen, die Umweltgerechtigkeitskarte ebenso verbindlich als Steuerungsgrundlage zu verankern.

14. Berlin ist eine große Stadt. Die Bezirke unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Die jeweiligen Gegebenheiten und Bedarfe sind vor Ort am besten bekannt. Gleichzeitig neigt der Senat dazu, immer mehr Entscheidungen an sich zu ziehen, die Bezirke zu entmachten und dabei die lokalen Gegebenheiten zu ignorieren - insbesondere bei der raumbezogenen Planung z. B. bei Neubau, Nachverdichtung.

Wie werden Sie dafür sorgen, daß die Entscheidungsbefugnisse bei den Bezirken bleiben bzw. neu zurückgegeben werden? Wenn nicht, warum nicht?

Wir wollen starke Bezirke dort, wo Ortskenntnis entscheidet. Deshalb schaffen wir verbindliche Beteiligungsbudgets auf Bezirksebene, führen Bürgerhaushalte ein und geben jedem Viertel ein eigenes Budget für Spielstraßen, Bänke oder Begrünung. Kiezbeiräte aus gelosten Anwohnenden werden Bindeglied zur Verwaltung. Wir unterstützen die Bezirke gezielt beim Abruf von Fördermitteln, die heute mangels Kapazitäten verfallen, und beenden die gepflegte Unzuständigkeit durch verbindliche Entscheidungsstrukturen. Standardisierung wollen wir nur bei Beschaffung und IT der Schulen.

15. Wie bewerten Sie die Änderungen am Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG), die im April 2026 vorgenommen wurden? Werden Sie die Änderungen zurücknehmen? Werden Sie, wie ursprünglich geplant, ein Transparenzgesetz einführen? Wenn nicht, warum nicht?

Wir lehnen die Verschärfung des Informationsfreiheitsgesetzes ab. Transparenz muss die Regel sein und nicht die Ausnahme, jede Einschränkung des Zugangs zu amtlichen Informationen läuft unserer Linie zuwider. Wir wollen ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild, das Behörden verpflichtet, zentrale Dokumente wie Gutachten, Senatsbeschlüsse und Verträge proaktiv zu veröffentlichen. Das verstehen wir ausdrücklich als Grundlage für Beteiligung: Ohne verlässliche Informationen ist Mitbestimmung nicht möglich. Ergänzend bauen wir offene Verwaltungsdaten aus und machen staatliches Handeln nachvollziehbar.

16. Wie werden Sie sich für Transparenz und ergebnisoffene Mitbestimmung und Mitentscheidung auf Augenhöhe durch die Zivilgesellschaft in Planungsverfahren einsetzen Wenn nicht, warum nicht?

*Beteiligung muss verbindlich, nachvollziehbar und wirksam sein. Vor größeren Vorhaben führen wir eine verbindliche Beteiligungsanalyse durch. Auf mein.berlin.de bündeln wir alle Verfahren, machen sichtbar, wie Vorschläge bewertet wurden, und verpflichten Politik und Verwaltung zur begründeten Antwort. Ein jährlicher Beteiligungsbericht erfasst Reichweite, Repräsentativität und Umsetzungsquote. Bürger*innenräte per Losverfahren erarbeiten Empfehlungen, die öffentlich beantwortet werden müssen. Für das Tempelhofer Feld heißt das konkret: Feldforum und Feldkoordination stärken statt ersetzen, Bebauung nur nach erneuter Volksentscheid.*